

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Veranlagungsanfragen kosten pro Seite 75 Pf. — Best- und Geschäftsangelegenheiten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Haasemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, händl. in Reckum, Wiemshausen Str. 38-42, Teleph. Nr. 39, 98 u. 291. Telegr.-Adr.: Mittelband Reckum.

Soll das Ruhrgebiet besetzt werden?

Es scheint, als ob die an Kopfszahl kleine aber an Kapitalien und propagandistischen Agenten reiche Militär-, Industriellen- und Bankierspartei in Frankreich ihre Absicht, das Ruhrkohlengebiet militärisch besetzen zu lassen, nicht aufgibt. Allerhand Anzeichen deuten darauf hin, daß man nach Vorwänden für diese militärische Aktion sucht. Einmal wird die europäische Presse unterrichtet, Deutschland liefere weniger Kohlen nach Frankreich als in Spa diktiert sei. Dann wieder sollen die abgelieferten Kohlen minderwertig, reichlich mit Steinen durchsetzt sein. Heute ist dieses, morgen jenes „nicht in Ordnung“.

Tatsächlich liefern wir die Pflichtmenge und zwar ausgedehnt gute Kohlen, wie die ständige Kontrolle der Entente-Beauftragten bestätigen kann. Sollte eine Lieferung mal „unrein“ sein, nun, wir fragen unsere französischen Kameraden, ob sie inlande sind, aus unreinen Flößen reine Kohle zu fördern! Die Klage über „unreine Kohle“ wird in Großbritannien wie in Frankreich, in Belgien wie in Deutschland gehört; man braucht nur die aus- und inländischen Kohlenmärkte zu lesen, um zu erfahren, daß man überall den Bergleuten die Förderung „unreiner Kohlen“ vorwirft. Jedenfalls ist das keine deutsche Eigentümlichkeit und beweist daher nichts gegen die deutschen Bergleute.

Wir liefern also unseren Pflichtteil ab. Der zunehmende Kohlenmangel in Deutschland und die dadurch anwachsende Erwerbslosigkeit unserer Arbeitsbrüder beweist auch, was uns im nahenden Winter droht, wenn die Förderung nicht zunimmt. Sie ist infolge der blutigen Kämpfe in Oberschlesien und ihren andauernden Nachwehen leider schon schwer geschädigt. Die freibewilligte nationalisierende Verheerung der ober-schlesischen Arbeiter-schaft hat zu diesen Schlägereien und Verheeren geführt. Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Oberschlesien und für den Schutz seiner Bevölkerung ist aber nicht die deutsche Regierung, sondern sind laut Versailler Vertrag nun die Entente-regierungen verantwortlich. Wer immer auch die Anführer der Unruhen sind, für die Folgen ihrer Taten kann Deutschland nicht verantwortlich gemacht werden.

Der Mangel der Kohlenförderung ist eine dieser Folgen. Es wäre ein schreiendes Unrecht, Deutschland als vertragsbrüchig zu bezeichnen, wenn es wegen der andauernden schweren Beunruhigung der ober-schlesischen Arbeiterschaft bezug des Mangels der dortigen Kohlenförderung das Diktat von Spa nicht erfüllen könnte.

Wir vernehmen, daß die einflussreichen militäristisch-kapitalistischen Politikmänner in Frankreich dafür Stimmung machen, von Deutschland die 2 Millionen Tonnen monatlich zu fordern, auch wenn es durch ober-schlesische Förderausfälle noch viel schwerer als jetzt schon unter Kohlenmangel leiden würde. Wir sollen also „bestraft“ werden auf alle Fälle, selbst dann, wenn der Förderrückgang in einem Revier eintritt, das zurzeit unter Entente-Verwaltung steht.

Bei einem angeblichen Kaufmann Willy A. H. L., der in Mülheim-Ruhr unter dem Verdacht der Spionage gegen Deutschland verhaftet wurde, ist ein in französischer Sprache abgefaßter Fragebogen gefunden worden. Der Fragebogen fordert Angaben über folgendes:

1. Haltung der Arbeiterbevölkerung. (Auf die Haltung der Kommunisten, der Unabhängigen und der Sozialdemokraten ist besonderes Augenmerk zu richten).

2. Was denken die Arbeiter von der Reichswehr, Sicherheits-polizei und Einwohnervorwachen; sind sie ihnen feindselig gesinnt?

3. Wie würden die Arbeiter und Führer, d. h. die Ingenieure, die Direktoren usw., die eventuelle Besetzung des Ruhr-gebiets durch die Entente hinnehmen. Würden sie sie verlangen, würden sie Widerstand leisten und auf welche Art und Weise? Sind schon Vorkehrungen für einen Widerstand der Arbeiter getroffen?

4. Namen, Stand und Einfluß der Regierungs- und Stadt-oberhäupter. (Regierungspräsidenten, Landräte, Polizeipräsidenten, Oberbürgermeister, Bürgermeister usw.). Welche sind uns sehr feind-lich gesinnt? Welche würden uns bei einem eventuellen Einmarsch freundlich gesinnt sein? Adressen ihrer Büros.

5. Bestehen noch die Technische Nothilfe, Heimatdienst oder andere Organisationen derselben Art? Wenn ja, Namen und Adressen des leitenden Verwaltungspersonals angeben.

An wirtschaftlichen Auskünften wird verlangt:

1. Bestehen noch Lebensmittellager? Bezeichnung der Läger des Reiches (Stellen der Zwangswirtschaft, der Kommunen, der Unternehmer (d. h. Warenlager, die insbesondere Ueber-schüssigkeiten enthalten). Genaue und vollständige Adressen der Räume angeben, wo die Waren untergebracht sind.

2. Bestehende Kohlenlager (Adresse der Läger).

3. Eisenerzlager.

4. Lagepläne der bedeutendsten Firmen.

5. Alle statistischen Mitteilungen über Oel- und Eisenproduktion.

Wozu diese Ausfragerei? Der Wille der Bergarbei-ter, die Erfüllung des „Spa-Abkommens“ nach Kräften zu er-möglichen, ist ebenso klar und oft zum Ausdruck gekommen wie ihre Entschlossenheit, sich gegen militä-ristische Gewaltpolitik zur Wehr zu setzen! Um das zu erfahren, braucht man keine ipse-dixit-Ausfrager.

Die Bergleute Deutschlands tun ihre Pflicht. Unsere aus-ländischen Kameraden haben ja in Genf vernommen, daß wir keine Nationalisten sind, sondern die gemeinsame Frie-densarbeit mit allen anderen Völkern leisten wollen. Wird das nicht anerkannt, will man trotzdem, unter irgend einem Vor-wand, mit militäristischen Zwangsmitteln gegen unsere Berg-leute vorgehen, dann wissen diese, daß sie vom Kapitalis-mus unterdrückt und bis zum Zusammenbruch ihrer Kräfte ausgebeutet werden sollen. Was hätten sie dann noch zu verlieren? Gar nichts!

Auffallend ist jedenfalls, welche großen Kohlen-mengen jetzt in Frankreich auf Lager genommen werden! Offizielle französische Mitteilungen sagen es uns. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß die Unternehmer bedeu-tende Kohlenvorräte annehmen, wenn eine Lohnbewegung der Bergleute bevorsteht. Kauft man etwa in Frankreich nun die großen Kohlenvorräte an, um die Besetzung des Ruhrreviers vorzubereiten? Die deutschen Bergleute sind keine Knechte im Kampfe für ihr Recht. Darum beobachten sie, „was geschieht“, und hüten sich vor Überraschungen.

Gefährliche Zwangsorganisation.

Die Zahl der organisierten Bergarbeiter, welche eine gefäh-liche Zwangsorganisation fordern, ist verhältnismäßig groß. Das erklärt sich aus den ganzen Verhältnissen. Trotz dreißig-jähriger rastloser Aufklärungsarbeit unseres Verbandes war die Mehrheit der Bergarbeiter bis zum Ausbruch der Revolution unorganisiert. Die Unorganisierten bilden aber in jeder, Be-ziehung nicht nur das schwerste Hemmnis jeden Fortschritts, son-dern sie stellen auch jeden Fortschritt von vornherein wieder in Frage. Sie handeln selbst- und gemeinnützig und zwar ent-weder aus Dummheit und Interessenlosigkeit oder, was weit schlimmer ist, aus niedrigster Liebedienererei. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diesen Schädlingen nicht nur mit starken Mit-teln beizukommen ist. Gefährlich betrachtet, ist es daher sehr naheliegend, gefählichen Organisationszwang zu fordern. Wir können uns jedoch nicht von Gefühlsregungen leiten lassen, son-dern nur von dem, was richtig und zweckmäßig ist.

Zunächst übersehen die Befürworter der gefählichen Zwangs-organisation, daß sie sich damit auch der Aufsicht des Staates unterstellen. Wenn der Staat den gefählichen Organisations-zwang einführt, muß er auch dafür sorgen, daß damit kein Miß-brauch getrieben wird. Daran ergibt sich ganz von selbst die Staatsaufsicht. Wie soll nun der Staat diese Aufsicht aus-führen? Entweder durch Polizei- und ähnliche Organe? Soll die ganze Geschäfts- und sonstige Tätigkeit der Organisationen be-aufsichtigt werden? Wobin wird das letzte Ende führen? Und wird sich eine Mehrheit finden, die sich dieser Staatsauf-sicht unterstellen will? Um diese Fragen kommen wir nicht herum, wir müssen uns drehen und wenden wie wir wollen.

Der gefähliche Organisationszwang müßte zudem einheit-lich und für alle Staatsbürger gleich sein. Um diese Gleichheit herbeizuführen, wäre eine einheitliche Grundlage notwendig. Eins bedingt das immer das andere. Diese einheitliche Grund-lage besteht nicht. Wie soll dieselbe bei den vielen Organisations-nen und Organisationsrichtungen geschaffen werden? Oder sollen die bestehenden Organisationen aufgelöst und neue gebil-det werden? Wie sollen in diesem Falle die jetzt feindseligen Brüder unter einen Hut gebracht werden? Zum Beispiel: Bol-schewisten, Christen, Gelbe, Kommunisten, Sozialisten, Syn-dikalistens usw.? Welches Gequatsche wird da entstehen? Wer wird das ertragen können? Sollen die Ideen-kämpfe auf diese Weise durch Zwang unterbunden werden? Auch um die Beant-wortung dieser Fragen kommen wir nicht herum.

Beim gefählichen Organisationszwang müßten sich alle einer Organisation anschließen; aber auch alle — aufgenommen wer-

den. Ausnahmen könnte es da nicht geben. Betrüger, Cir-abischeider, Gauner, Hochstapler, Schwindler und selbst Lo-dipol aller Art könnten sich in den Organisationen als gleich-beredigte Mitglieder breit machen, ohne daß diese sich des Un-geziefers entledigen könnten. Mit anderen Worten: Die Organisationen hätten keine Möglichkeit mehr, ihre Reihen rein zu halten und eventuell zu säubern. Den besten und opferwillig-sten Mitgliedern würde dadurch die Mitarbeit verweigert. Kein anständiger Mensch könnte sich mehr in solcher Gesellschaft wohl fühlen. Gemeindefeindschaften und Solidaritätsgefühle müßten Schiffbruch leiden. Es würde infolgedessen kein An-liege, sondern ein Niedergang eintreten. Der gefähliche Organi-sationszwang würde zuerst nur noch als drückende, kultur-widrige, unwürdige Fessel empfunden und schließlich eventuell mit Gewalt abgelehnt. In alles das haben die Befürworter der gefählichen Zwangsorganisation offenbar nicht gedacht und doch ist es sehr naheliegend.

Die Selbstbestimmung der Mitglieder wäre beim gefählichen Organisationszwang naturgemäß sehr beschränkt, wenn nicht ganz unterbunden. Damit ginge jedes geistliche Interesse für die Organisation verloren. Der Staat würde zum Mittel herunter-sinken, alles befehligen und durch seine Organe jeden Nachdruck durchschneiteln lassen. Die Mitglieder würden nicht zur Selbstbestimmung, sondern zur Unselbständigkeit und schließ-lich zur Hörigkeit erzogen. Alles würde nach und nach in bürokratischen Formen erstarren. Jede Entwicklungsmöglich-keit wäre damit in Frage gestellt. Ist es wirklich so schwer, das alles einzusehen?

Verstandsmäßig betrachtet, ist es nach alledem falsch und zweckwidrig, gefählichen Organisationszwang zu fordern. Wir unterstellen uns damit der Staatsaufsicht mit ihren verhängnis-vollen Folgen, unterbinden die Ideen-kämpfe, die zur Fort-entwicklung notwendig sind, gliedern die fragwürdigsten Ele-mente mit ein, vereiteln den besten und opferwilligsten Mitglie-dern dadurch die Mitarbeit, beschränken den Mitgliedern die Selbstbestimmung, erniedrigen den Staat zum Mittel, der jeden Nachdruck durchschneiteln, verkümmern in geistlicher und kul-tureller Hinsicht und machen die Organisation zu einer drücken-den, kulturwidrigen, unwürdigen Fessel, die zu spüren schließ-lich als Erlösung gelten wird. Wen kann dieses Ziel locken?

Gefählichen Organisationszwang kann übrigens nur for-dern, wer am schließlichen Sieg der Idee zweifelt. Wer daran glaubt, wird auch dafür kämpfen und den Staat als Mittel ver-schmähen. Es kann auch nicht Aufgabe des Staates sein, im Kampfe der Interessen und Klassen in der einen oder anderen Weise Mitteldienste zu leisten. Der Staat darf nicht zum Herr-

schaftsinstrument der einen oder anderen Klasse werden, um die anderen Klassen zu unterdrücken. Daran ist der alte Klassenstaat gescheitert. Wir müssen da grundsätzlich andere Wege gehen, wenn wir nicht ebenfalls scheitern wollen.

Bräuden wir überhaupt gefählichen Organisationszwang? Wir sagen nein! In der Vergangenheit haben wir uns unter den widrigsten Verhältnissen durchgesetzt und keinen gefählichen Organisationszwang gefordert. Die Werten der Götze haben sich im wahrsten Sinne des Wortes gegen uns aufgetan und uns nicht überbügelt. Und nun soll es ohne den Staat als Mittel nicht mehr gehen? Wer das sagt, stellt sich ein Armutzeugnis schlimmerer Sorte aus. Wir unterzeichnen diese Banfrott-erklärung nicht, weil wir im Kampfe groß geworden und gefählich sind und an den schließlichen Sieg der Idee und unserer großen Sache glauben.

Gewiß gibt es auch Elemente, die keinen Ideen zugänglich sind, die in selbststüchtiger Verblendung ihr eigenes und das Ge-samterinteresse mit Füßen treten, ohne daß es ihnen zum Bewußt-sein kommt. Denen ist aber mit anderen Mitteln beizukommen, ohne daß der Staat als Mittel einzuschalten braucht. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns und muß auch als Gegner behan-delt und eventuell geächtet und gebrandmarkt werden. Ehre dem Ehre gebührt und jedem das Seine. Wer nicht fäkt, soll auch nicht ernten. Wenn danach verfahren wird, dann finden sich schon die Mittel, die jeder zum Ziele führen.

Wenn sich alle Mitglieder nur vom Verstande und nicht von Gefühlsregungen leiten ließen, hätten wir dieses Kapitel nicht zu schreiben brauchen. Das alles hätte sich jeder selbst sagen können. Wir haben es darum auch so kurz wie möglich gemacht. Wir hoffen, daß wir nicht weiter auszuholen brauchen. Jedes Mitglied mag sich die vorstehenden Darlegungen nur etwas weiter durchdenken, dann wird es schon gehen. Auch in anderer Beziehung wäre es wünschenswert, wenn sich alle Mitglieder mehr vom Verstande und weniger von Gefühlsregungen leiten ließen. Wenn das immer geschehen wäre, hätte uns manches erspart bleiben können und wir wären bedeutend weiter.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Aus der Kalindustrie.

Der Geschäftsbericht des Kalisyndikats für 1919 entnehmen wir: Der Gesamtabsatz erreichte im Berichtsjahre in 41 599 270 Doppelzentner Kalifalz mit 8 120 021 Doppelzentner Kali nicht den des Jahres 1918 in 40 949 340 Z. Kalifalz mit 10 016 643 Z. Kali, so daß 6 599 079 Z. Kalifalz mit 1 826 619 Z. Kali weniger abgesetzt wurden. Im Vergleich zum Jahre 1917 ergibt sich ein Rückgang von 1 922 730 Z. Kali und gegen 1913 sogar von 2 983 670 Z. Kali.

Es wurden im Jahre 1919 insgesamt verladen:			
Sorten	Wirtliches Gewicht (Doppelzentner)	Z. Kali	
Carnallit und Vergleichen:	507 274,72	49 840,88	
Ararit und Selenit:	28 312 124,55	3 727 632,81	
Kalibergsteine 20 %:	6 162 213,50	1 261 960,57	
20 %:	258 326,32	79 003,62	
40 %:	1 741 057,45	729 843,05	
Kalibergsteine 38 %:	1 380 533,63	2 164 352,80	
Chloralkali 80 %:	187 342,63	91 434,54	
Schwefelsäure Kali 20 %:	60 715,95	15 731,29	
Schwefel. Kalimagnesia (60 %):	870,81	128,47	
Summe Z. Kali:		8 120 021,60	
Kriegs- in Westen:		47 105,80	
Kriegs-, zersplittert u. gemahlen:		1 123,01	
Summe Z. Salz:		41 599 270,72	

Innerhalb der einzelnen Kalifalzsorten weisen nur Carnallit, 50-prozent. Kalibergsteine und schwefelsäure Kali, welches letzteres haupt-sächlich nach dem Ausland geht und dort zur Düngung von Tabak, Zuckerrüben, Feuchtsäuren und Kartoffeln gebraucht wird, eine mäßige Zunahme auf. Alle übrigen Sorten haben einen Rückgang des Absatzes erlitten. Aus jeder der Zusammenfassung ist ersichtlich, welche Mengen Kali (K. O.) die einzelnen Länder in den Jahren 1913, 1916, 1918 und 1919 bezogen haben (in Doppelzentnern):

	1913	1916	1918	1919
Deutschland	6 042 223	7 250 457	8 597 164	6 370 926
Oester.-Ungarn	283 012	321 849	567 413	24 339
Schweiz	34 779	69 243	82 745	31 996
England	171 758	—	—	63 216
Schottland	86 357	—	—	12 225
Irland	39 037	—	—	27 345
Frankreich	421 369	—	—	—
Belgien	152 245	166 637*	213 201*	1 156
Niederl.	436 735	568 497	238 277	305 990
Italien	73 234	—	—	—
Spanien u. Dänemark	341 341	463 510	448 592	560 108
Russland u. Polen	245 677	49 287*	52 336*	625
Österreich	88 550	—	—	3 587
Portugal	12 412	—	—	—
Skandinavien	1 933	480	—	—
Luxemburg	4 019	16 365	13 915	342
Nordam. einschl. Hawaii	2 382 845	—	—	701 288
Mittelamerika	—	—	—	378
Westindien	21 812	—	—	7 080
Südamerika	25 489	—	—	—
Afrika	18 760	—	—	1 039
Asien	67 132	317	—	7 984
Australien	25 469	—	—	—

Gesamtsumme: 11 103 634 8 829 760 10 016 643 8 120 021
Am größten war der Rückgang im Kaliberbrauch von Deutschland mit 2 226 888 Z., wovon allein auf landwirtschaftliche Verwendung 2 129 175 Z. Kali entfallen. Da jedoch die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1918 erst 5 261 026 Z. Kali und 1919 6 067 668 Z. Kali verbraucht hat, so ergibt sich für das Jahr 1919 immer noch eine Zunahme von 726 642 Z. Kali oder rund 14 Prozent.

Im Juli begannen die ersten Verschiebungen nach Großbritannien, Amerika und den überseeischen Ländern, so daß von diesem Zeitpunkt ab der Auslandsabsatz ständig zunahm. Der Verbrauch in Oesterreich-Ungarn mit 343 074 Z. Kali, Belgien mit 213 045 Z. Kali, Russland und Polen mit 51 711 Z. Kali, der Schweiz mit 55 749 Z. Kali und Luxemburg mit 13 573 Z. Kali steht eine Zunahme gegen-über in Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark. Außerdem kamen als ehemalige Käufer nach dem Kriege die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 701 288 Z. Kali, Großbritannien und Irland

* Besetzte Gebiete.

mit 102 786 Dq. Katt, Spanien mit 3387 Dq. Katt und die sonstigen überseeischen Gebiete mit 16 481 Dq. Katt hinzu.
Der Auslandsabsatz ist infolge Wiederanknüpfung der Geschäftsverbindung zu den früher feindlichen Ländern im Berichtsjahre gestiegen, nämlich von 1 419 479 Dq. Katt in 1918 auf 1 749 638 Dq. Katt. Die Zunahme von 330 219 Dq. Katt in 1919 wäre bedeutend höher ausgefallen, wenn nicht der Metallverbrauch einzelner Länder, wie Österreich, Ungarns, Belgiens, Russlands und Polens so außerordentlich hinter den Vorkursen zurückgeblieben wäre. Außerdem waren die Abladungen nach dem Auslande auf dem Seewege infolge Mangels an Schiffsraum und Störungen im Betriebe der Frachtschiffahrt und Umschlagplätze besonders erschwert.

Die Verwendbarkeit des Braunkohlenteers.

Die Erforschung und Ausnutzung des Braunkohlenteers ist seit vielen Jahren noch nicht so weit vorgeschritten wie die des Steinkohlenteers. Bis in die neueste Zeit wurde diesem Stoff, wie die „D. Kohlenzeitung“ ausführt, von vielen nur geringes Interesse entgegengebracht, und in weiteren Kreisen hatte man sich mit der Tatsache, daß durch Versäuerung von Braunkohle eben Braunkohlenteer entsteht, rasch abgefunden. Der Braunkohlenteer ist das wichtigste Produkt der trockenen Destillation des Braunkohls. Der vollständige Vorgang der Braunkohle oder besser der bituminösen Braunkohle. Je nach dem Gehalt an Bitumen teilt man die Braunkohle ein in Feuer-, Schmelz- und Extraktionskohle. Während erstere für direkte Verfeuerung dient, entweder in Form von Rohkohle oder Bricket, bildet die zweite das vorzügliche Material für einen paraffinreichen Schmelzstein, da durch den Schmelzprozeß das Bitumen zum großen Teil in Paraffin übergeführt wird. Die Extraktionskohle, mit einem Bitumengehalt von mehr wie etwa 8 Proz. auf Trockensubstanz bezogen, und der sehr bituminöse Phosphorit liefern durch Extraktion mit geeigneten Lösungsmitteln das Montanwachsol. Zweck der Gewinnung von Braunkohlenteer gibt es zwei Verfahren: das ältere Schmelzverfahren und das neuere Generatorverfahren. Beide halten zueinander die Waage. Bezüglich der Aufarbeitung der hierdurch gewonnenen Teere besteht dagegen kein erheblicher Unterschied. Wenn die Auskühlung und Veredelung der Destillationsprodukte im Großen zurzeit den chemischen Laboratoriumsversuchen noch nachsteht, so ist doch nach der Meldung des erwähnten Organs damit zu rechnen, daß die noch schwebenden Probleme im Großbetriebe doch noch gelöst werden. Dies gelte im besonderen für die Gewinnung von Benzin durch Destillation einiger Teerfraktionen und für die Herstellung von Zellulose.

Aus den Unternehmerverbänden.

Was Unternehmer durch ihren Organisationsbeitrag ersparen, wird in der „Arbeitgeber-Zeitung“ an einem Beispiel den noch nicht organisierten Unternehmern vor Augen geführt. Wenn ein Arbeitgeberverband — so heißt es in dem betreffenden Artikel — für seine Mitglieder bei Abschluß eines Tarifvertrages einen um 0,10 Mk. niedrigeren Stundenlohn durchdrückt, als der einzelne nichtorganisierte Arbeitgeber zahlen muß, so ergibt sich für den einzelnen angeführten Betrieb je nach der Größe folgende Ersparnis:

- bei 10 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 2400 Mk.;
- bei 50 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 12 000 Mk.;
- bei 100 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 24 000 Mk.

Das sind Zahlen, die man sich gewöhnlich nicht vor Augen führt, die aber der einzelne Arbeitgeber, der sich durch angeblich zu hohe Beitragsleistungen von dem Eintritt zu einem Arbeitgeberverbande abhalten lassen will, überlegen muß.

Will der Unternehmer Lohnersparnisse machen, so ist dafür die Vorbedingung eine gute Organisation. Daselbe trifft aber auch umgekehrt auf die Arbeiter zu, wenn sie höhere Löhne zu erzielen trachten. Daraus ergibt sich beiderseits das Bestreben, die eigene Organisation zur Besseren zu gestalten. Da nun der Arbeiter der wirtschaftlich schwächeren Teil ist, muß er viel größere Anstrengungen machen, zu organisatorischer Überlegenheit zu gelangen. Erforderlich dazu ist größte Opferwilligkeit in der Beitragsleistung und Errichtung aller Berufsangehörigen durch die Organisation. Würden sich alle unsere Mitglieder, ebenso wie es hier in der „Arbeitgeber-Zeitung“ für die Unternehmer geschieht, die durch den Verband erzielten Lohnvorteile berechnen, dann dürfte von unseren Berufsorganisationen niemand außerhalb des Verbandes stehen. Die Unternehmerorganisation bedrückt den Lohn zu drücken. Die Gewerkschaften wirken mit großen Erfolgen auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hin, sie bieten ihren Mitgliedern aber außerdem durch die Unterstützungseinrichtungen finanzielle Hilfe in der Not, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Für den Arbeiter ist der Verband — so betrachtet — die beste Sparkasse. Der Verbandsbeitrag als Sparbeitrag trägt reichliche Zinsen. Das muß immer wieder allen denjenigen gesagt werden, die es wirklich oder nur scheinbar noch nicht wissen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Anrede über Betriebslehre für Gewerkschaftler an der Universität Münster.

Der erste Versuch, am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster einen Kursus über Betriebslehre für Gewerkschaftler einzurichten, darf als ein Erfolg für die Veranlasser gebucht werden, die diesen Plan in der Zeit vom 23. August bis 11. September durchführten. Bei der auf die Schlussvorlesung folgenden Aussprache

Vorwärts!

Diese Straße, gleich, wie steinig sie auch sei,
Diese Straße heißt es weiter gehen.
Werden auch die Füße noch so wund dabei:
Vorwärts nur! Nicht hülfe lassen!
Vorwärts, vorwärts! Immer näher kommen wir
Unsern Zielen, unsern Contanten.
Machet, daß nicht einer seinen Mut verliert,
Auf, was brüderlicher Sinn vermag.

Selbst dem, der sich nicht mehr weiterheben kann,
Gibt dem, den mehr wie auch der Hunger quält;
Seib so fest wie Eisen alle, Weib und Mann,
Spricht dem Mut zu, dem er eben fehlt.
Laßt nicht Haß und Zwiespalt ein in eure Reih;
Keiner laß dem Gange sich abheben,
Denn die Kraft der Gesamtheit kann uns nur befreien
Von dem Elend hier, von Sorg und Leiden.

Brüder, Schwestern, Kameraden nur in Hand und Hand
Ohne Säugern, ohne Zerknirschern!
Keiner laß sich abheben, der sich auch verband,
Keiner laß den Stützpunkt sich zerschlagen.
Immer weiter bleibt zurück die schwarze Nacht,
Immer heller wird das Morgenlicht.
Glaubt mir, bald wird sein das Reich der Freiheit,
Dann: ein frohes Freuen am Erreichen.

Karl Buchmayer, Worme.

Eine technische Neuerung auf dem Gebiete des Wagennummerierens im Bergbau.

Eine Neuerung, die für unsere unterirdisch beschäftigten Kameraden großes Interesse haben dürfte, ist uns vor einigen Tagen vorgetrieben worden. Die von den Hauern geforderten Nummern werden, wie bekannt, wagendweise bezahlt. Um nun eine genaue Kontrolle über die geforderten Wagen zu haben, befindet sich mit dem Abschleppen der Wagen betraute Schleppler die mit einer Nummer versehene Korkenplatte des betr. Wagens an den Wagen, und zwar geschieht dieses Anbringen verschieden. Einige ziehen gebraucht dazu Draht, wieder einige Holzpfähle oder auch, sie schreiben die Nummernummer mit einem auf dem Wagen.

Das dieses alles kein neues Mittel ist, um eventuellen Betrugsversuchen zu begegnen, ist jedem Kenner der Verhältnisse bekannt; ja, das ganze System laßt sich geradezu zum Betrug einrichten.

Wie oft ist es nicht schon vorgekommen, daß Bergleute durch heimliches Abnehmen der angebrachten richtigen Marke ihre eigenen Kameraden schaden haben und ihre eigene Marke anbrachten und sich da-

zwischen Lehren und Hören über die Veranstaltung sprachen die Teilnehmer in einer Erklärung ihren Dank an die Dozenten aus für die anregenden und von wissenschaftlichem Geist getragenen Vorlesungen. Aber nicht nur die Hörer nahmen wertvolle Anregungen und Erweiterung ihres Wissens mit in ihren Wirkungskreis, auch die Lehrer brachten zum Ausdruck, daß sie aus dem Zusammenwirken mit den Gewerkschaftlern, die ja zugleich auch eine lange praktische Tätigkeit in den industriellen Betrieben hinter sich haben, Nutzen ziehen könnten für sich und ihren Unterricht bei den Studenten. Eine Einwirkung auf die Studenten der Universität in dem Sinne, daß die Gewerkschaftsarbeit mehr und besser gewürdigt wird, können sich die Gewerkschaften und letzten Endes auch die deutsche Volkswirtschaft gern gefallen lassen.

In den Vorlesungen behandelte Ingenieur Woldt das Thema: „Soziale Betriebslehre“; Professor Plenge: „Betrieb in der Volkswirtschaft“ und „Betrieb und Konjunktur“; Professor Terhalle: „Zem: „Unternehmungsformen“ und „Vorführung und Bilanz“; außerdem waren noch Vorlesungen eingelegt von Dr. Weber über „Physiologie“ und Dr. O. Demann über den „Einfluß eines Arbeitsnachwuchses“. In alle diese Vorlesungen schlossen sich praktische Übungen und als wertvolles Unterrichtsmittel dienen Uebersichtsarten, von Prof. Plenge entworfen und mit wissenschaftlichem Eifer vorgegetragen und erläutert.

Der erste Kursus dauerte drei Wochen; es war ein Versuch, der zur baldigen Wiederholung und zum weiteren Ausbau der Kurse geradezu auffordert, weil auf den behandelten Gebieten und den großen Anforderungen an die Gewerkschaften in der Zukunft noch außerordentlich viel geleistet werden muß. Der zweite Kursus soll voraussichtlich mit längerer Dauer Mitte November eröffnet werden. Dabei werden dann die Erfahrungen des ersten Kurses, die in einem schriftlichen Bericht der ersten Teilnehmer niedergelegt werden und die auch zu Vorschlägen über die weitere Ausgestaltung aufgefordert sind, berücksichtigt werden.

Lebendarbeiterverband im Jahre 1919.

Der Lebendarbeiterverband konnte im Jahre 1919 seine Mitgliederzahl nahezu verdoppeln. Die Mitgliederzahl stieg von 16 889 am 31. Dezember 1918 auf 33 312 am 31. Dezember 1919. Hiervon waren 6324 weibliche Mitglieder. Es wurden 107 Zahlstellen neu oder wieder errichtet. Die Einnahmen stiegen von 279 250 Mk. im Jahre 1918 auf 1 441 547 Mk. im Jahre 1919. Die Ausgaben stiegen von 263 279 Mk. im Jahre 1918 auf 821 616 Mk. im Jahre 1919. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 173 521 (64 353) Mk. für Krankenunterstützungen 10 852 (38 199) Mk. ausgegeben. Der herrschende Papiermangel ließ das Ausgabenkonto für die Zeitungen und die Druckkosten gewaltig anschwellen.

Die Lohn-, Tarif- und Steuerungsabteilungen waren den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend sehr zahlreich. Im Ganzen wurden 196 Lohnabteilungen ohne Arbeitsstellen in 2032 Betrieben mit 77 277 Beschäftigten geführt. Außerdem fanden 9 Angestellten in 21 Betrieben mit 1476 Beschäftigten statt, insgesamt waren also 203 Lohnabteilungen zu verzeichnen.

Als Folge dieser Lohnbewegungen wurden 136 Tarifverträge neu abgeschlossen und ein Reichstarif verlängert. Der Jahresbericht des Zentralvorstandes kann feststellen, daß auch die großen Zentren der Lebendarbeit, wie Werms, Weinheim, Offenbach usw. für den Verband gewonnen wurden. Orte, wo früher mit Zuckerkart und Weisse jede selbständige Regelung der Lebendarbeiter niedergehalten wurde. Der Lebendarbeiterverband hat es auch diesen Arbeitern und Arbeiterinnen ermöglicht, Tarifverträge auf moderner Grundlage abzuschließen und ihnen ein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Treue Mitarbeit der neu gewonnenen Mitglieder wird es dem Lebendarbeiterverband ermöglichen, auch in Zukunft die Interessen der Lebendarbeiter nach jeder Richtung hin wahrzunehmen zu können.

Internationale Rundschau.

Entwicklung der englischen Gewerkschaften.

Über die Entwicklung der englischen Gewerkschaften bringt das Reichsarbeitsblatt folgende Darstellung:

Für die jüngste Entwicklung der englischen Gewerkschaften ist charakteristisch ihr gewaltiges Wachstum, die Festigung ihrer rechtlichen Stellung, organisatorische Veränderungen im Aufbau und neu auftretende geistige Strömungen. Im Jahre 1892 betrug die Zahl der organisierten Gewerkschaftler 1 1/2 Millionen oder 4 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1920 betrug sie über 6 Millionen, das sind 12 Prozent der Bevölkerung. Das Vermögen der englischen Gewerkschaften wird mit 15 Millionen Pfund Sterling angegeben. Im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts wurden den englischen Gewerkschaften große Schwierigkeiten gemacht. 1901 erlitt das Verbands als oberster Gerichtshof in einem Prozesse gegen den Eisenbahnenverband, daß die Gewerkschaften für alle aus dem Vorgehen ihrer Beauftragten einem anderen erwachsenden Schaden haftbar gemacht werden könnten, was der Gewerkschaft etwa 200 000 Pfund Sterling kostete. Die Folge davon war, daß die Gewerkschaftler ihr Interesse der Politik zuwandten, und 1906 kam das Gesetz über gewerkschaftliche Streitigkeiten zustande, das die unangenehmen Folgen des oben erwähnten Urteils beseitigte. Eine andere folgenschwere Entscheidung sprach der oberste Gerichtshof im Jahre 1909 aus, indem er die politischen Bestrebungen der Gewerkschaften unmöglich machte. Erst das Gewerkschaftengesetz von 1913 gab den Gewerkschaften die für ihre Zwecke notwendige Freiheit der Betätigung wieder. So hat sich die rechtliche Stellung der Gewerkschaften innerhalb weniger Jahre wesentlich geändert.

durch einen unrechtmäßigen Vorteil verschaffen. Daß dieses strafbar ist, ist allgemein bekannt, auch, daß schon mancher seinen Egoismus mit einigen Monaten Gefängnis büßen mußte.

Aber auch für die Einrichtungen des Betriebes hat das letzte System seine Nachteile. Durch das Anbringen der Marke mittels Draht kommt es häufig vor, daß durch das Abreißen des Drahtes Teile davon in die Schwingelbe der Kohlenstücke geraten und diese zerstören. Dann ist noch auf den enormen Verbrauch an Holz und Draht für das Befestigen der Marke hingewiesen.

Auch kommt es häufig vor, daß die angebundenen Kohlenmarken bei der Förderung massenhaft abgerissen werden und dadurch den Bergleuten in Bezug auf Bezahlung verloren gehen. Zahlreiche Kameraden haben sich durch den Markenbruch Verletzungen zugezogen; auch sind schon Bluterkrankungen vorgekommen. Dieses alle System soll nun durch ein neues System ersetzt werden. Man denke sich eine runde eiserne Scheibe, die auf die Stirnband des Förderwagens aufgeschraubt oder aufgenietet wird. In dieser Scheibe befindet sich oben eine schmale Öffnung, um eine Kohlenmarke durchzuwerfen. Eine zweite Marke geht nicht hinein. Ebenso ist die erste Marke nun nach dem Rutschen der Kohlen dem Apparat zu entnehmen. Eine angebrachte Verschlussklappe verhindert das Eindringen von Kohlenstaub.

Es ist also ein Apparat erfunden, der u. E. bei unseren Kameraden berechtigten Anklang finden wird. Die Vorführung hat uns gezeigt, daß der Apparat tadellos funktioniert und wir sind davon überzeugt, daß er die Rechte unserer Bergleute in dieser Beziehung voll und ganz schützen und sich auch in der Praxis und auch in der Selbstbehaltung bewähren wird.

Vorgeführter Apparat ist vom Patentamt unter „Markenhalter für Grubenwagen“ anerkannt und im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Der Apparat ist vom Erfinder bei einer Anzahl Grubenverwaltungen im Ausprobieren vorgeführt und ist die praktische Verwendung desselben allgemein als gut befunden worden.

Kohle- und Koliengewinnung aus Züme.

Von der Friedrich-Krupp-A.G. Grusonwerk in Magdeburg wird geschrieben:

Unermüdetler Ingenieurtraktat ist es gelungen, ein selbst in hoch-gefahren größtes Erzeugnis erregendes Verfahren ausfindig zu machen, um die in den Feuerungsanlagen (Züme) enthaltenen Brennstoffe wieder zu gewinnen. Der Allgemeinheit dürfte bekannt sein, daß die Züme nach 10-20 Prozent und mehr unbrauchbare Bestandteile (Koks und Kohle) enthalten, die bisher der Brennstoffwirtschaft zum allgrößten Teil verloren gegangen sind. Um welche beträchtlichen Brennstoffmengen es sich dabei handelt, zeigt folgende Uebersetzung:

Der Kohlenverbrauch Deutschlands betrug im Jahre 1918 150 Millionen Tonnen jährlich. Rechnet man jetzt mit nur 100 Mill. T. Kohlenverbrauch und einem Abgasverlust von etwa 20 Mill. T., so ergibt sich eine Ersparnis von mindestens 50 Mill. T. unbrauchbarer Brennstoffe in den Zümen. Die Reichseisenbahnen allein verbrauchen etwa 15 Mill. T. Kohlen jährlich; dem entspricht ein Abgasverlust von

Organisatorische Veränderungen in der englischen Gewerkschaftsbewegung wurden in der Hinsicht durchgeführt, daß an Stelle der bisher in England vorherrschenden Berufsorganisation von Facharbeitern die Zusammenfassung aller in einer Industrie beschäftigten Arbeiter, ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Tätigkeit in Industriezweigen, gefordert wurde. Die Streikfolge der Eisenbahner und der Bergleute, die beide dieses Organisationsprinzip durchgeführt haben, sprachen für dessen Leistungsfähigkeit. Durch den Sieg der Industriezweigenorganisationen wurden die führenden Gewerkschaften die der Bergleute, der Transportarbeiter und der Eisenbahner.

Wemertenswert ist auch das Aufstreben radikaler Strömungen in den letzten Jahren. Der Gegensatz zwischen gewissen Schichten in den Gewerkschaften und den allen Gewerkschaftsleitungen, die sich noch nicht zum Sozialismus durchgerungen haben, führte zur Schaffung neuer Vertretungsorgane, den sogenannten Shop Stewards (Betriebsvertrauensmänner), die sich über große Bezirke hin zu Werksausschüssen (Works Committees) zusammenfanden. Die englischen Gewerkschaftler kommen immer mehr und mehr zur Erkenntnis des Sozialismus. Der Gedanke der Selbstverwaltung der Industrie durch die in ihr als Hand- und Knechtarbeiter Tätigen hat überall Wurzel geschlagen. Die Vertreter dieser Richtung bezeichnen sich als Wilden-Sozialisten. Den stärksten Widerhall hat der Wilden-Sozialismus bei den Bergleuten, den Eisenbahner und den Postangestellten gefunden. Mit großem Nachdruck wird die Auskühlung des kapitalistischen Unternehmers gefordert. Die sogenannten Whitley Councils (Arbeitsgemeinschaften), die den Arbeitern gemeinsam mit den-Unternehmern einen Teil an der Ordnung der einzelnen Betriebe und an der Verwaltung der Industrie einräumen, werden nicht als befriedigende Lösung angesehen. Der Kampf um die Kontrolle der Industrie steht heute in England, wie in anderen Ländern im Mittelpunkt des sozialen Kämpfes, was um so bedeutungsvoller ist, als England durch den Krieg am wenigsten gestritten hat und der Kapitalismus dort noch sehr stark ist.

Wie die Sowjetherrlichkeit in Russland aussteht.

Von den deutschen Anhängern der russischen Sowjetherrlichkeit haben wir es nun schon seit Jahr und Tag immer wieder gehört, daß Russland und Deutsche so nebenbei bequem noch miternähren könne. Milch und Honig fließen in Russland in reicher Fülle. Getreide, Butter, Mehl und Fleisch fländen an der Grenze Deutschlands in ganzen Eisenbahnzügen bereit zur Einfuhr. Aber die Sowjetdiktatur wollen diese Herrlichkeiten nicht ins Land lassen. Sie hielten lieber mit den Entente-kapitalisten als mit der kommunistischen Sowjetregierung. Diesen Märchenzählungen machten besonders die Artikel des Abg. Wilhelm Dietmann (U. S. V.) in der „Freiheit“, die wir in Nr. 37 der „Bergarbeiter-Zeitung“ auszugeweiht brachten, ein jähes Ende. Uebrig blieb nur das darbernde, hungernde, verelende Russland.

Dieser Dietmannsche Faden wird von Hugo Gumplich in der „Mittel-Zeitung“ sorgfältig gepöppelt. Gumplich bestätigt die Angabe, daß es in Sowjetrußland bei der Gesamtbevölkerung von 150 Millionen nur 600 000 eingeschriebene Kommunisten gibt, „die das gesamte Land beherrschen“. Er bestätigt ferner, daß die Bauernschaft, die mehr als drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, der Sowjetregierung absolut ablehnend gegenübersteht. Gumplich schreibt:

„Bis heute ist es nicht möglich gewesen, die Bauern für den Sozialismus zu gewinnen. Praktisch betrachtet heißt dies, die Bauern finden kein Verständnis für die Maßnahmen einer kommunistischen Regierung. Sie wollen nicht die landwirtschaftlichen Produkte dem Staate zur Verfügung stellen, sondern den freien Handel behalten.“

Da die Sowjetregierung nicht die Macht hat, die Bauern zu zwingen, verschlechtert sich die Ernährungslage in Russland immer mehr. Gumplich veröffentlicht aus einer Bekanntmachung der Gesundheitsabteilung der Allgemeinen Konsumgenossenschaft der Stadt Luga die Notationen, die für den Monat Mai den Arbeitern der dortigen Gewerkschaften-fabriken zugeordnet worden sind. Sie werden in drei Kategorien abgeteilt, und zwar:

	4,35 Rubel pro Pfd.
1/2-3/4 Pfund Buchweizengröße	1,46
3/4-1 Pfund Salz	13,04
2 1/2-3 Pfund Zucker	67,20
1/2 Pfund Wacholder-Tabak	16,00
1/2 Pfund Seife	175,00
1/2 Pfund Apfelmee	7,00
1/2 Pfund Pflanzenfett	9,84
3/4-1 1/2 Pfund Serringe	3,84
2 1/2-3 Pfund Wobla oder getr. Fisch	3,84
2 Pfund Fleisch	—
3-1 Schachtel Streichhölzer	1,40

Diese Notationen reichen natürlich zur Ernährung einer Familie oder auch nur eines einzelnen Mannes während eines ganzen Monats nicht aus. Aber selbst diese rationierten Lebensmittel gelangen nicht regelmäßig zur Ausgabe. Gumplich muß zugeben, daß in einzelnen Städten eine regelmäßige Verteilung überhaupt nicht stattfinden kann, und besonders in Moskau muß der Verteilungstermin um einige Tage hinausgeschoben werden.

Die Arbeiter in Russland sind also, gleichviel ob sie die Rationen bekommen oder nicht, gezwungen, Lebensmittel im Schwarzhandel zu erwerben. Schwarzhandel ist in Sowjetrußland als konterrevolutionäres Verbrechen mit dem Tode bedroht, ist aber doch die einzige Möglichkeit, sich vor dem Hungertode zu retten, und Gumplich führt gewissenhaft die Schwarzhandelspreise in Luga an, die nach verhältnismäßig „niedrig“ zu sein scheinen: 1 Pfd. Buchweizengröße 350 Rub., Salz 600 Rub., Zucker 1200 Rub., Wacholder-Tabak 1000 Rub., Seife 1000 Rub., Apfelmee 800 Rub., Pflanzenfett 1500 Rub., Fleisch 500 Rub., Brot 350 Rub., 1 Schachtel Streichhölzer 75 Rubel.

etwa 2 1/2 Mill. T. und eine Menge daraus wiedergewonnenen Kohle von etwa 1 Million T., das sind 100 000 Eisenbahnwagenladungen.

Die Aufbaumachung der in den Feuerungsanlagen enthaltenen Brennstoffe ist daher von allergrößter Bedeutung für alle industriellen Unternehmungen, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, die Schiffahrt usw. Nach dem neuen, von Friedr. Krupp A.-G., Grusonwerk Magdeburg-Budau während des letzten Jahres durchgeführten und praktisch erprobten Verfahren wird die Asche — im Gegensatz zu älteren und neueren Verfahren — auf trockenem Wege in ihre Bestandteile: Schlacke, Koks und Kohle zerlegt. Es wird kein Wasser oder irgend eine andere Flüssigkeit angewendet, und die Brennstoffe werden im trockenen Zustand gewonnen, so daß sie ohne besondere Trocknung verfeuert werden können. Auch die feinen Brennstoffeile werden dabei ausgetrieben und können verwertet werden.

Das Verfahren beruht auf den magnetischen Eigenschaften der eisenshaltigen Schlacken. Es ist vom Grusonwerk zum Patent angemeldet worden, und die Anmeldung ist vom Patentamt vor einigen Wochen im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. In den heutigen „Blättern“ großer Brennstoffnot verspricht dieses neue Verfahren von ganz hervorragender Bedeutung, besonders für die Volkswirtschaft Deutschlands, zu werden.

„Erdhörer“ im Bergbau.

Eine Vorrichtung, die im Schächengroßentriebe eine große Rolle spielt, hat das Auffangen unterirdischer Geräusche, wie sie durch feindliche Minierarbeiten hervorgerufen werden, hat in einem von den Unternehmern konstruierten „Erdhörer“ eine praktische Anwendung, besonders für den Bergbau, gefunden. Der Apparat, der in der „Anschau“ beschrieben wird, ermöglicht es, die Wellenbewegung, die durch Klappen oder Hämmer auf Gestein entsteht und die sich durch die Erde fortpflanzt, ohne immer vom menschlichen Ohr wahrgenommen werden zu können, durch einen Storchkasten zu hören. Es werden dabei zwei Erdhörer, einer für jedes Ohr, gleichzeitig gebraucht. Diese werden auf der Wand solange hin und her bewegt, bis eine Stelle gefunden wird, an der die Geräusche für beide Ohren gleich stark sind. Der Schall kommt dann aus einer Richtung, die senkrecht zu der Verbindungslinie beider Storchkasten steht. Auf diese Weise läßt sich das Z. B. in Vertiefungen der Vertiefungen die Richtung, in der das Rütteln am stärksten einzuwirken hat, leicht bestimmen. Man kann auch die Ursachen, die in der Storchvorrichtung bemerkbaren Erdwellen hervorgerufen, feststellen und genau untersuchen, ob es sich um Klappen, Hämmer, Explosoren, Feuer oder Wasserbrüche handelt. Das Abbauen von Kohle mit der Gasse kann man dabei bis auf 300 Meter durch die Erdschicht hindurch feststellen, eine kleine Dynamitexplosion auf 700 Meter; Stollen, Gänge usw., die zwischen liegen, haben wenig Einfluss. Für die Abschätzung der Entfernung der Schallquelle hat man kein so genaues Maß, sondern man muß sich auf die Erfahrung verlassen oder von zwei verschiedenen Wägen her arbeiten. Auch bei Bohrungen, die von zwei Seiten angelegt werden und aufeinander treffen sollen, ist der Apparat mit Erfolg zu verwenden.

Interessant ist auch die Vergleichung der offiziellen Holzpreise mit den Schleichhandelspreisen für Kleider und Stiefel:

	Schleichhandelspreise	Schleichhandelspreise
Stiefel	350 Rubel	30-40 000 Rubel
Gemden	300 Rubel	5-12 000 Rubel
Lang	1000 Rubel	40-60 000 Rubel
Gummischuhe	300 Rubel	15-20 000 Rubel

Im Frieden hatte der Rubel einen Kursstand von 2,15 Mk. Der Papiermark steht weit tiefer als der Papiermark. Immerhin zeigen die vorstehenden Preise die Linie an, zu der wir kommen werden, wenn die kommunistische Sowjetmacht sich auch in Deutschland breit machen könnte.

Internationaler Landarbeiterkongress in Amsterdam.

Vom 17. bis 20. August tagte in Amsterdam der erste internationale Kongress der Landarbeiter. 21 Delegierte vertraten insgesamt mehr als 2 Millionen organisierter Landarbeiter. Die durch Delegationen vertretenen Verbände sind: National Agricultural Labourers and Rural Workers Union (England) mit 120 000 Mitgliedern, The Workers Union (England) mit 150 000 Mitgliedern, The Scottish Farm Servants Union (Schottland) mit 80 000 Mitgliedern, Der Deutsche Landarbeiterverband mit 780 000 Mitgliedern, Svenska Landarbetarens Forbundet (Schweden) mit 20 000 Mitgliedern, Landarbejder Forbundet in Danmark mit 30 000 Mitgliedern, Lands- og Forstærkerforbundet Deutschdänisch mit 51 000 Mitgliedern, Belgische Landarbeidersbond (Belgien) mit 1700 Mitgliedern, Federazione Nazionale Lavoratori della Terra (Italien) mit 845 600 Mitgliedern und Holländische Landarbeidersbond mit 15 500 Mitgliedern.

Der Landarbeiterverband in der Tschechoslowakei mit etwa 16 000 Mitgliedern teilte mit, daß sein Vertreter durch Passivitätigkeiten am Eingreifen verhindert sei, der französische Verband (zirka 30 000 Mitglieder) hatte mitgeteilt, er sei finanziell noch nicht in der Lage, teilzunehmen, der polnische Verband schickte ein Begrüßungstelegramm, und von Spanien wurde mitgeteilt, daß dort die Zentralisation noch nicht im notwendigen Maße durchgeführt sei.

Zur Leitung des Kongresses wurden je ein Vertreter von Holland (Glenstra), Deutschland (Georg Schmidt), England W. N. Smith und Italien (Franco Alberti) bestimmt. Nach einer Begrüßungsrede des Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes Dubouche, der auf die gegenwärtigen schweren Gefahren für die Erhaltung des Friedens hinwies, wurde auf Antrag Italiens eine Protestresolution gegen den Krieg beschlossen.

Der Kongress beschloß sodann, eine Internationale Landarbeiter-Föderation zu errichten. Die Verfassung des Föderations-Entwurfes, die erhebliche Zeit in Anspruch nahm, hatte das Ergebnis, daß in dem Statut ausgesprochen wurde, die Internationale Landarbeiter-Föderation (I.L.F.) habe den Zweck, die gewerkschaftlichen Organisationen der in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und in Gärtnereibetrieben beschäftigten Arbeiter in einen internationalen Verband zusammenzufassen, um

- die wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller in der I. L. F. organisierten Arbeiter zu fördern und zu wehren, und
- wenn die Umstände es erfordern, jede nationale und internationale Aktion im Kampfe gegen die Ausbeutung der Arbeit zu unterstützen und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu fördern.

Die Voraussetzung zur Aufnahme in die Föderation ist die Anerkennung der Grundzüge des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Aufnahmegesuche einer zweiten oder weiterer Organisationen eines Landes werden abhängig gemacht von der Zustimmung der bereits angeschlossenen Organisation. Im übrigen wurden die weiteren Satzungsbestimmungen den Statuten der bereits bestehenden, dem I. G. V. angeschlossenen internationalen Verbände angeglichen. Von der Herausgabe einer Zeitung in drei Sprachen, wie sie der Entwurf vorsah, wurde vorläufig Abstand genommen. Allerdings werden Veröffentlichungen sollen nach Bedarf in einer internationalen Landarbeiter-Korrespondenz verbreitet werden. Zur Leitung der Internationalen Landarbeiter-Föderation wurde ein fünfköpfiges Exekutivkomitee gewählt, das, auf Vorschlag Deutschlands, aus Vertretern Hollands, Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs und Italiens sich zusammensetzt. Der holländische Vertreter vertritt das Amt des Sekretärs. Als Sitz des Internationalen Sekretariats wurde ebenfalls auf Vorschlag Deutschlands Holland bestimmt, nachdem der Wunsch Italiens, den Sitz zu bekommen, zurückgezogen war.

Zur Frage der „ausländischen Wanderarbeiter“ wurde beschlossen, Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Länder auszu-tauschen. Die auswandernden Arbeiter sollen von der gewerkschaftlichen Organisation ihres Landes über die Arbeitsverhältnisse des anderen Landes, in dem sie Arbeit suchen, aufgeklärt werden.

Die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft rief eine eingehende Auseinandersetzung über die in den einzelnen Ländern vorhandenen Möglichkeiten gemeinschaftlicher Betriebsform hervor. Grundsätzlich waren alle Delegierten darüber einig, daß der Boden in Gemeinschaftsbetrieb übergeführt werden soll. Schwierigkeiten beruhten nur der Weg, den man bei Umwandlung der kapitalistischen Betriebsform in eine den Interessen des gesamten Volkes dienende zu geben habe. Die Verbände wurden beauftragt, alle Versuche auf diesem Gebiet zu fördern und dem Exekutivkomitee bis zum Zeitpunkt der nächsten Konferenz Vorschläge einzureichen.

Eine eingehende Diskussion erfuhr zum Schluß die Tagesordnung der im April 1921 vorgeschlagenen Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes, soweit die Internationale Arbeitsgemeinschaft für Landarbeiter in Frage kommt. Grundsätzlich wurde beschlossen, zu fordern, daß in der Sozialgesetzgebung die Landarbeiter ebenso — d. h. nicht schlechter — behandelt werden sollen als die übrigen Arbeitergruppen. Prinzipiell stellte sich die Konferenz auf den Boden der achtkündigen Arbeitszeit. Es soll jedoch jedem der angeschlossenen Verbände überlassen bleiben, entsprechend den Verhältnissen seines Landes zu verfahren.

Der Internationale Landarbeiterkongress, dem ein Vertreter des vom Völkerbunde errichteten Internationalen Arbeitsamtes in Genf, sowie der Vorstände des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Appellations-London, beizuhöhen, hat in letzterer Einmütigkeit die bis jetzt vorhandenen Landarbeiterorganisationen in den europäischen Ländern zu einer Gemeinschaftsarbeit zusammengefaßt. Nach den dem Kongress gewordenen Aufzeichnungen ist zu hoffen, daß den bisher angeschlossenen Verbänden bald eine weitere Anzahl, vor allem aus dem fast rein agrarischen Ländern im Osten und Süden Europas folgen werden. Dieser Zusammenfluß des gewerkschaftlich organisierten Landproletariats auf internationaler Grundlage ist ein weiterer großer Schritt zur Einigung der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Kapitalismus.

Knappphaktisches.

Außerordentliche Generalversammlung des Kasseler Knappphaktischen Vereins.

Am 16. September tagte in Kassel, und zwar in der Handelskammer, die außerordentliche Generalversammlung des Kasseler Knappphaktischen Vereins. Es wurde dort beschlossen, den Höchstzulohn von 24 auf 30 Mk. zu erhöhen, so daß das Höchstlohn für Ledige und Verheiratete ohne Kinder 18 Mk. beträgt. Einzu-kommen ein Höchstlohn des Krankengeldes für jedes Kind (bis zu drei Kindern) und beträgt dann das Krankengeld für Verheiratete mit drei Kindern in der Höchstklasse 22,50 Mk. pro Tag. Für Ledige, die im Krankenhause untergebracht sind und die bisher kein Krankengeld erhielten, da die Krankenhäuserkosten davon bestritten wurden, soll von nun an ein Viertel des Krankengeldes als Taschengeld gezahlt werden. Ferner wurde der § 27 der Satzung dahin geändert, daß statt des dreifachen Betrages des Grundlohnes als Sterbegeld nun der vierfache gezahlt wird, d. h. in der höchsten Grundlohnklasse beträgt nun das Sterbegeld 1200 Mark für Mitglieder. Ferner wurde eine Sterbegeldbeihilfe für Ehefrauen und Kinder festgesetzt. Es wurden sodann noch die Tagesgebühren der Knappphaktischen und Vorstandsmitglieder geregelt. Die außerordentliche Generalversammlung hat gute Arbeit geleistet und einen weiteren Schritt vorwärts getan zur Reformierung des Knappphaktischen Vereins.

Vorstandslegung des Halberstädter Knappphaktischen Vereins.

Am 11. September hielt der Vorstand des Halberstädter Knappphaktischen Vereins in Halle a. S. eine Sitzung mit dem Vizepräsidenten ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die freie Arztwahl; 2. Die Erhöhung der Arztgebühren durch eine Pauschale; 3. Aufbesserung der Feuerungszulagen der Invaliden, Witwen und Waisen.

Eine Einigung zu Punkt 1 kam in der Weise zustande, daß in den Städten die freie Arztwahl eingeführt werden soll, dahingegen in den Dörfern die Beschränkung der Arztwahl eingeführt werden soll. Es kann demnach in den städtischen Dörfern auf Antrag von 20 Mitglieder-mitgliedern ein zweiter Arzt neben dem ersten zugelassen werden. Die

freie Arztwahl wurde auch von den Knappphaktischen Ärzten gefordert. Die Knappphaktischen als Vertreter der Belegschaften konnten sich momentan dazu nicht entschließen und zwar deshalb nicht, weil die von den Ärzten geforderte Pauschale von 33 Mk. pro Kopf unter den dann gegebenen Verhältnissen die Kasse derartig belasten würde, daß eine ganz enorme Beitragserhöhung von den Mitgliedern gezahlt werden müßte. Im übrigen erwartet der Vorstand, daß der spätere Reichs-knappphaktische Verein auch auf diesem Gebiete noch Erprobendes leisten wird.

Zu Punkt 2 betr. Bewilligung der Pauschale von 33 Mk. pro Kopf, entspann sich eine lebhafte Aussprache. Geboten waren den Herren Vizepräsidenten vom Vorstand 16 Mk. pro Kopf (vorher 6, 8 und 9 Mk.). Dieser Satz wurde seitens der Herren Vizepräsidenten für undiskutabel erklärt. Dem Vizepräsidenten wurde von den Knappphaktischen Ärzten nahegelegt, daß sie bereit wären, das zu bewilligen, was in sozialer Hinsicht als durchaus erforderlich erscheine. Aber eine Pauschale von 33 Mk. sei für sie unannehmbar. Ein weiterer Vorschlag des Vorstandes, den Vizepräsidenten 18 Mk. Pauschale zu zahlen, wurde von den Vizepräsidenten nicht angenommen, vielmehr wurde die Sache zur weiteren Regelung dem Zulassungsausschuß überlassen.

Zu Punkt 3: Erhöhung der Feuerungszulagen für Invaliden, Witwen und Waisen, wurde vom Vorstand angeführt, daß die bisherigen Zulagen aus dem Reverbefonds bestritten worden sind. Diese Summe betrug bisher rund 2 000 000 Mk. Da der Fonds aufgebraucht ist, entfiel die Frage: was nun? Ertragsbeiträge von den Mitgliedern zu erheben, schien nicht ratsam, weil die Erhöhung der Pauschale von 6, 8 und 9 Mk. auf 18 Mk. schon eine erhebliche Mehrbelastung durch Beiträge erforderlich macht und wurde deshalb beschlossen, daß unser Verband der Reichsarbeitsgemeinschaft die Sache nochmals unterbreiten möge zu einer eventuellen Beschlußfassung.

Für das Erholungsheim „Waldfrieden“ bei Oirschleben wurden 1000 Mark bewilligt. Ebenso wurde für das städtische Krankenhaus in Egeln (Neubau) ein einmaliger Zuschuß von 7000 Mk. bewilligt. Knappphaktischer Rosenhauer, Völpke.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Notwendigkeit der Stärkung des Verbandes.

In der vom 12. bis 14. September d. J. stattgefundenen Bezirksleiterkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wurde u. a. eine Entschließung angenommen, nach der die Bezirksleitungen verpflichtet werden, unverzüglich die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit spätestens bis zum 1. November d. J. ein Lokalbeitrag von 1 Mk. in allen Bezirken eingeführt wird. Von diesem Lokalbeitrag soll die Hauptkasse zur Stärkung des Kampf-Fonds 0,50 Mk. erhalten, die restlichen 0,50 Mk. verbleiben in den Bezirks- und Lokal-Kassen.

Inzwischen haben sich eine Anzahl Vertrauensmännertreffen mit der Beitragsfrage beschäftigt. Durchweg hat man die Notwendigkeit einer solchen eingesehen.

Am 19. September fand für das niederrheinische Industriegebiet eine Vertrauensmännertreffen statt, die zu der Beitragsfrage Stellung nahm. Vorgelesen wurde eine Entschließung des Lokalbeitrages auf 1 Mk., daß der Gesamtbeitrag nunmehr 3 Mk. beträgt. Das Abstimmungsresultat war ein sehr erfreuliches. Von 153 Stimmberechtigten stimmten 145, die 25 367 Mitglieder vertreten, mit ja, 5, die 887 Mitglieder vertreten, mit nein. 31 Stimmberechtigte, die 5314 Mitglieder vertreten, waren nicht anwesend. Daraus ist zu ersehen, daß auch in den Reihen der Bergarbeiterschaft der Gedanke an einen Gewinn, daß die Verbandbeiträge mit der Zeit mitzuschreiten haben.

Eine am demselben Tage stattgefundene Vertrauensmännertreffen für Oberbergamtsbezirk folgendes Ergebnis: 6335 stimmten für die Beitragssteigerung, 23 dagegen.

Auch im Vornehm Revier fand am demselben Tage eine Vertrauensmännertreffen statt, auf der folgende Entschließung einstimmig zur Annahme gelangte:

„Die am 19. September in Leipzig tagende Vertrauensmännertreffen erklärt zur Beitragsfrage, daß der Verband hinter den anderen Gewerkschaften nicht zurückbleiben darf. Es ist unmöglich, die kommenden sozialen Kämpfe mit den heutigen Unterhaltungsbeiträgen durchzuführen zu können. Die Erhöhung des Lokalbeitrages um 1 Mk., wovon 50 Pf. an die Hauptkasse abzuführen sind, ist die Vorbedingung für die erfolgreiche Durchführung der kommenden Kämpfe um die Sozialisierung und die Abwehr des Lohnabbaues. Die Konferenz stimmt daher der Erhöhung des Beitrages aus voller Überzeugung zu, obwohl sie nicht verkennt, daß die Durchführung auf Schwierigkeiten stößt.“

In der Vertrauensmännertreffen der Bezirke Dortmund und Lünen wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Vertrauensmännertreffen erkennen an, daß eine Beitragssteigerung hochnotwendig ist. Die Vertrauensleute versprechen, in den Mitgliederversammlungen die Beitragssteigerung zu propagieren und darauf hinzuwirken, daß ab 1. November 1920 der Lokalbeitrag auf 1 Mk. erhöht wird, der Gesamtbeitrag also 3 Mk. pro Woche beträgt.“

Auch eine in Heddinghausen stattgefundene Vertrauensmännertreffen hat gegen 4 Stimmen der Beitragssteigerung zugestimmt. Die Vertrauensleute gaben die Erklärung ab, daß sie nicht gegen die Beitragssteigerung seien, sondern sie wollten nur erst mit ihren Mitgliedern Rücksprache nehmen.

Der Vertrauensmann der Zehnteile Lünen-Süd teilt uns mit, daß die Zehnteileversammlung am 19. September, die gut besucht war, gegen eine Stimme beschlossen habe, die geforderte Beitragssteigerung ab 1. November zu zahlen. Es sei aber der Wunsch ausgesprochen worden, daß darauf hingewiesen werden müsse, daß in Zukunft nur die organisierten Kameraden die Vorteile aus der Arbeitsgemeinschaft ziehen und die Unorganisierten ausgeschaltet würden. Eine Diskussion über die Beitragssteigerung wurde nicht verlangt, weil die Kameraden der Ansicht waren, nicht anders handeln zu dürfen.

Der Bezirk Gießen, wo der Durchschnittslohn der Hauer nur 36 bis 38 Mk. reicht, erhebt seit dem 1. September einen Wochenbeitrag von 3 Mark.

Das Resultat, soweit es vorliegt, ist recht erfreulich. Unser Verband war in dieser Hinsicht von fast sämtlichen Gewerkschaften überholt worden und können wir die Bergarbeiterschaft zu diesen Beschritten nur beglückwünschen.

Wert der Gewerkschaften.

Leider muß man noch heute konstatieren, daß von manchen Kameraden die Gewerkschaften noch etwas geringes, als ein Objekt von Bedeutung betrachtet werden. Mit Schlagworten der Kunst: Bonzen, Opportunisten und dergl. mehr, wird heute in der breiten Masse operiert und auch nicht immer ohne Erfolg. Eine Sensation nach der anderen. Die letzte war: Das Ende der Zentralisation! Gerade wie auf einem Jahrmarktsummel, ein Gefäß und Schreien wird durchge-ander.

Als stiller Teilnehmer muß man mit dem Kopf schütteln, und man fragt sich: Wie soll das enden? Doch halt! Endlich ein Hoffen! Eine Stimme wurde laut, die schief betonte: Die Zentralgewerkschaften sind hoch zu halten; sie sind in den revolutionären Dienst einzutreten, weil gerade sie am besten dazu geeignet sind, unser geliebtes Ziel zu erreichen! Das war Lärm.

Auch die kommunistische Partei Deutschlands stellte sich jüngst offen und frei auf diesen Standpunkt. Sie sagt, daß es eine Dummheit war, die Union und alle lokalen-industriellen Korporationen aufzuheben zu lassen. Das ist ein offenes Bekenntnis der kommunistischen Partei, und alle Achtung, wenn man seine Fehler eingesteht.

Lenin hat Recht, wenn er den Zentralgewerkschaften diese hohe Bedeutung beimißt. Die Erziehungsklasse des Arbeiters in jeglicher Beziehung. Im Einvernehmen der sozialistischen Parteien läßt sich unser Ziel verwirklichen. Nach dem Sprichwort: Vereinte Kraft schafft! Ja, dieses ist so recht in Deutschland in den Kampfschritten offenbar geworden. Mit einem Schlage 84 Millionen gewerkschaftlich organisierte Menschen auf Kampfesfuß! Das hat bis jetzt noch kein Kriegskrieg fertig gebracht. Ist da nun noch etwas, was an der Macht und Kraft der Gewerkschaften zweifeln will? Es ist das, daß er mit verbundenen Augen durchs Leben wandelt, aber er läßt sich von mißlichen Gedanken leiten.

Folgerichtig muß nach der Parole gehandelt werden. Das möchte ich denen zurufen, die trotz der Beschlässe nicht unbeachtet gelassen haben. Disziplin und Ordnung muß sein, sonst werden wir nicht weiter kommen. Wo aber diese herrscht, da ist erstreblich, gedeihliche Arbeit möglich. Jedem nach seinem Wunsch, das wird wohl nicht gehen. Nach dem Sprichwort: Einem jeden Menschen Recht geben, ist eine Kunst, die niemand kann! So betrachtet, darf aus Persönlichkeitsgründen keiner aus

dem Verbände austreten oder Hilfe, geheime Sabotage an ihm betreiben. Immerfort, das gilt für uns alle, die den Verband verläßt.

Alle Wege führen nicht von heute auf morgen eben. Das kann uns Revolutionäre nicht behindern. Drum frisch ans Werk! Gedenkt mir die fernstehenden Kameraden zu uns herüber; auch die noch Großen, die einst in unseren Reihen waren. Zum Glück und Großen ist heute keine Zeit. Das Gedenken muß überwinden werden, es berührt uns die Gegenwart und Zukunft. Alle diese Reibungen und Störungen, die wir selbst in unseren Reihen begehen, sie wirken lähmend auf unsere ganze Bewegung.

Ein Sohn ist es oftmals, vom Klassenkampf zu sprechen. Es ist ein Kampf unter uns Brüdern zum Gaudium unserer Gegner. Und wie sie unsere Schwäche wahrnehmen, ich denke, das drücke ich hier nicht darzulegen. Augen auf! Jurist zur Verurteilung! Haben wir auch nicht den Schwächsten unseres ganzen Strebens und Wirkens zu erwarten, dennoch ist es unsere verbotene Pflicht und Schuttpflicht, mitzuwirken, unsere ganze Kraft einzusetzen für den zu erstrebenden Aufbau des idealen Gesellschaftswesens. Das ist die Parole. Im Zeichen der Geschlossenheit, der Treue, da werden wir siegen. Das ist ein edler Wunsch, beherzigen wir ihn, Kameraden. Run frisch ans Werk!

Wilmhelm Wildbörger.

Wilmhelm Wildbörger †.

Am 9. September starb unser alter Kamerad W. Wildbörger im Alter von 63 Jahren. Seine sterbliche Hülle wurde am 12. September unter starker Beteiligung aus dem Friedhof in Wellingshofen beigesetzt, wo Herr Lehrer Reinkens von der freireligiösen Gemeinde Dortmund auf seinen letzten Wunsch die Beerdigung leitete. Mit W. Wildbörger ist wiederum ein alter Kamerad zur ewigen Ruhe gegangen. Seit dem Jahre 1901 bis zum 1. Januar 1920 hat er stets im Vordergrund der Bewegung gestanden; 12 Jahre war er zweiter Vertrauensmann, 9 Jahre Zeitungsredakteur. Als Zeitungsredakteur hat er sich besonders ausgezeichnet, trotz seines hohen Alters seine Mähen und Wege gekostet. Voranstand hatte er fast nie. Bei keiner Agitation hat er gefehlt, und er verstand es, in ruhiger und sachlicher Weise seine Gegner zu belehren; manchen Unorganisierten hat er dem Verbände zugeführt. Aus Gesundheitsrücksichten hat er sich leider gezwungen, mit dem 1. Januar dieses Jahres aus der öffentlichen Tätigkeit zurückzutreten. Der menschenmorbende Krieg mit seinen schweren Folgen und Leiden war an unserem alten Freunde nicht spurlos vorbeigegangen. Infolge Unterernährung hatte er sich einen sehr schweren Bruch zugezogen, welcher ihm neben seinem Abmagern unerträglich Leiden und Schmerzen verursachte. So ruht er nun, der uns ein Vorbild war, in tiefer Erde, den ewigen Schlaf. Sein Andenken wird in uns fortleben und dauernd in Ehren sein.

Im Namen der Ortsverwaltung der Zehnteile Lünen-Süd:

Carl Werth, Vertrauensmann.

Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensmänner in Hamm.

Eine Konferenz der Betriebsräte unseres Verbandes, an der auch, weil einige wichtige, innere Organisationsfragen erledigt werden mußten, die Vertrauensmänner des Bezirks Hamm teilnahmen, tagte am 19. September in Hamm im Lokale W. Zähler, Kaiserstraße. Bezirksleiter Kamerad Vorkampff eröffnete gegen 2 30 Uhr die Verhandlungen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab Kamerad Gudermandt den Bericht von der Betriebsräte-Konferenz in Essen. Der Berichterstatter betonte besonders, wie einmütig die Betriebsräte der Überzeugung gewesen seien, daß nur im engen Anschluß an die Gewerkschaft die großen Aufgaben, die den Betriebsräten bevorstehen, gelöst werden könnten. In der Aussprache über den Bericht wurde nicht eingetreten. Einmütig war man jedoch der Ansicht, daß der Verband die Schulung der Betriebsräte durch Kurse immer weiter fördern müsse. Ganz besonders wurde die Einführung der Pflichtfortbildungsschulen für Bergleute begrüßt. Sodann wurde die Wahl des Bezirksrats und die Wahl des Delegierten zum Vertrauensrats-Kongress in Berlin, der am 1. Oktober beginnt, vorgenommen. Als Delegierter wurde Kamerad Anton Wolf, Zehnteile Lünen, gewählt. — Hierauf gab Kamerad Vorkampff einen Bericht vom Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf. Er wies auf die wichtigen Beschlüsse der Internationale hin, die gefaßt wurden bezüglich der Sozialisierung des Bergbaues und auf die Maßnahmen, die ergriffen werden, wenn irgend eine Nation militärische Aktionen unternimmt, zu der auch die Belegung des Ruhrreviers gehört. Mit einem lauten „Bravo!“ wurden die Beschlüsse gutgeheißen.

Hierauf hielt Kamerad Gold-Kamm einen längeren Vortrag über die Arbeitsordnung. Redner schilderte die unzulänglichen Verhältnisse im Bergbau unter der alten Arbeitsordnung. An Hand von Erfahrungen, die Kamerad Gold in seiner 30jährigen Tätigkeit als Bergmann gesammelt hat, konnte er nachweisen, daß doch durch die neue Arbeitsordnung ein wesentlicher Fortschritt auf der ganzen Linie zu verzeichnen ist. In der Aussprache wurden einige Punkte stark beanstandet; man war aber der Ansicht, daß mit einem Streich noch nie eine Sache gefaßt sei und Veränderungen und Verbesserungen in der Arbeitsordnung demnach gemacht würden und durchgeführt werden müssen.

Alsdann nahm die Tagesordnung Stellung zur Beitragssteigerung. Die Konferenz war sich einig, daß eine Beitragssteigerung stattfinden müsse. Einige Ärzte des Ruhrreviers und die Außenbezirke fast alle (Saarrevier, Siegen, Gießen, Wiesbaden und ganz Mitteldeutschland) haben bereits zu dieser Frage Stellung genommen und eine Erhöhung des Beitrages verschiedentlich schon durchgeführt. Die Tagesordnung schloß mit absoluter Majorität, den Kameraden die Notwendigkeit der Beitragssteigerung vor Augen zu führen und vom 1. November d. J. ab einen Wochenbeitrag von 3 Mk. zu erheben.

Unter „Verschiedenes“ wurden eine Anzahl Fragen beantwortet und erledigt. Gegen 8 30 Uhr abends konnte mit einem Hoch auf den Verband der Bergarbeiter Deutschlands die eindrucksvolle und anregend verlaufene Konferenz geschlossen werden.

Sachverständigenkommission zur Hebung der Kohlenförderung.

Zu den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa war auch die Einsetzung einer technischen Sachverständigen-Kommission angeregt worden, welche die Frage der Erhebung der Kohlenförderung durch technische Maßnahmen und Verbesserungen im Grubenbetrieb prüfen sollte. Das Reichswirtschaftsministerium hat diese Anregung weiter befolgt. Im Einvernehmen mit dem Reichshohenzollern hat folgende drei Arbeiter und Bergarbeiter des Ruhrkohlenbergbaues für die Kommission bestellt worden: Bergwerksdirektor Jäger-Perne, Bergarbeiter Brandt-Dortmund, Bergwerksdirektor Nepper-Beckum bzw. die Herren Abg. Pieper-Dortmund, Stellvertreter Abg. Hofmann-Essen, Freig. Walter-Essen und Steiger Habsell-Sauer-Weiden.

Bergarbeiterversorgung nach dem Spa-Abkommen.

Nach dem Spa-Abkommen soll für jeden auf dem Landweg an die Entente gelieferte Tonne Kohlen eine Prämie von 5 Goldmark gezahlt werden zur besseren Ernährung und Versorgung der deutschen Bergarbeiter. Außerdem sollen zu dem gleichen Zweck Vorschüsse gegeben werden auf die sich aus dem Unterschied zwischen In- und Auslandspreis ergebenden Summen. Goldmark und Vorschüsse sollen bis zum 15. eines jeden Monats für den vorhergehenden Monat gezahlt werden, wenn die Bedingungen des Spa-Abkommens erfüllt sind. Im August haben wir auf Kosten unserer eigenen Volkswirtschaft das Spa-Abkommen erfüllt. Wir mußten folglich bis zum 15. September die angeführten Geldbeträge erhalten, um die Ernährung und Versorgung der Bergarbeiter entsprechend aufbessern zu können.

Am einfachsten und korrektesten wäre es nun, uns die ausbedungenen Geldbeträge auszuzahlen und es uns dann zu überlassen, da zu kaufen, wo es am besten und billigsten ist. Wir haben jedoch den Eindruck gewonnen, daß die Vertreter der Entente uns am liebsten statt Geld Naturalien geben würden, obwohl das im Spa-Abkommen nicht vorgesehen ist. Darauf läßt auch die Haltung und Tätigkeit der Ententevertreter in der Spa-Kommission schließen. Ueber alles wollen sie unterrichtet werden. Selbstverständlich haben wir nichts zu verbergen. Bereitwillig ist denselben daher bisher jede gewünschte Auskunft erteilt worden. Zur Unterrichtung sind sie auch in Bergarbeiterfamilien eingeführt worden.

Beim ersten Rundgang in Essen (Ruhr), der von vormittags 9 30 bis 1 Uhr dauerte, konnte festgestellt werden, daß nur noch bei einer einzigen Familie Bettwäsche vorhanden war; das übrige war in Schuttschüttung der Fall; man fand nur meistens Holzschuhe und Sandalen bei den Kindern vor. Auch die Wohnungsverhältnisse waren in einem sehr schlechten Zustand. Nach Aussage der Frauen bestand die Ernährung hauptsächlich aus Brot und Kartoffeln und aus dem Fett, das sie durch Lebertran von den Sechensverwaltern erhalten. Es wurde sogar festgestellt, daß tatsächlich Frau a und b in der Spa-Kommission waren. Das Ergebnis dieses Rundganges wurde nun noch

